

20. Februar 2018, 18:54 Forschungspolitik

Die gekaufte Wissenschaft

Unternehmen bestellen Studien, engagieren Professoren und finanzieren ganze Institute, die in ihrem Sinne forschen. Das muss sich ändern.

Gastbeitrag von Christian Kreiß

Die Zigarettenindustrie hat die Blaupause entworfen, erprobt und für gut befunden: Wie kann man die Wissenschaft so verwenden, dass die Gewinne optimiert werden? Wie kann man wissenschaftliche Ergebnisse so beeinflussen oder, wenn es sein muss, auch fälschen, dass sich in der öffentlichen Meinung und der politischen Arena die Lobbymeinung durchsetzt?

Die von den Autoherstellern VW, Daimler und BMW gegründete Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT) hat diese bewährte Vorgehensweise angewendet. Viele andere Branchen agieren nach demselben Muster, zum Beispiel die Chemie-, Pharma- und Lebensmittelindustrie.

Die Lobbyisten gehen dabei folgendermaßen vor: Zunächst suchen sie geeignete industrienaher Wissenschaftler, die bereit sind, die Meinungen der Unternehmen zu vertreten. Hierbei ist Geld manchmal nur von nachrangiger Bedeutung. Oft sind Ehrgeiz oder Ruhmeswünsche der Forscher viel wichtiger. Man verspricht ihnen etwa, Publikationen in renommierten Journalen zu unterstützen und so die Wissenschaftskarrieren zu fördern.

Christian Kreiß

ist Professor für Finanzierung an der Hochschule Aalen. Er leitet den Studiengang Master Industrial Management und beschäftigt sich mit Lobbyarbeit.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, dass in den vergangenen Jahren Kooperationen von Automobilherstellern mit Universitäten bei Doktorarbeiten sprunghaft gestiegen sind. Allein Audi finanzierte im Jahr 2012 rund 130 Doktoranden an deutschen Universitäten. Das hat nichts mit Korruption oder unethischem Verhalten zu tun. Junge, vielversprechende Nachwuchswissenschaftler beschäftigen sich einfach gern mit Fragestellungen rund ums Auto. Das Problem ist nur: Wer beschäftigt sich mit den nachteiligen Folgen des Autoverkehrs? Durch die vielen Industriekooperationen verschiebt sich das Kräfteverhältnis in der Hochschulforschung zugunsten industrienaher Themen. Dagegen tritt Forschung über Umwelt, Soziales und andere gesellschaftlich relevante Themen in den Hintergrund.

Sind geeignete industrienaher Wissenschaftler gefunden, gilt es, diesen in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft Gehör zu verschaffen. Durch großzügige finanzielle

Ausstattung, Einrichtung von Laboren, Lehrstühlen, Forschungsinstituten sollen die ausgewählten Forscher größtmögliche Wirksamkeit entfalten. Es gibt in der Tat eine Unmenge von Kooperationen an Hochschul-Instituten und -Laboren mit den großen Autoherstellern. Entsprechende Forschungseinrichtungen in Kooperation mit BUND, Greenpeace, Attac und ähnlichen Organisationen sucht man vergeblich. Die Ergebnisse der industriefinanzierten Forschung fließen über laufende Studienpublikationen systematisch in die öffentliche Meinung ein.

Für die gewünschten Ergebnisse werden schon mal Daten gefälscht

Am stärksten ist die Wirkung in der Öffentlichkeit, wenn nicht oder kaum bekannt ist, dass die Wissenschaftler von der Industrie bezahlt werden; wenn der Eindruck entsteht, dass sie unabhängig sind. "Die Wissenschaft hat festgestellt, dass Rauchen doch nicht schädlich ist - gezeichnet Dr. Marlboro", witzelte Otto Waalkes einmal. Doch die Satire des Komikers ist schon lange Realität. Nach diesem Motto versuchte auch EUGT, einseitige Forschungsergebnisse zu veröffentlichen. Es sollte möglichst nicht bekannt werden, dass dahinter drei große Autokonzerne stehen. Allein schon bei der Namensfindung der EUGT wurde dies berücksichtigt. Der ursprünglich geplante Name "Europäisches Institut für Umwelt und Gesundheitsforschung im Transportsektor" wurde vom zuständigen Amtsgericht wegen "Täuschungsgefahr" abgelehnt.

"Wir brauchen solche Studien am Menschen"

Die nun bekannt gewordenen Schadstofftests an Affen und Menschen sind kein Einzelfall.

Untersuchungen mit Schadstoffen gibt es reichlich - und längst nicht alle sind von der Industrie bezahlt.

Von Hanno Charisius mehr ...

Um zu den gewünschten Ergebnissen zu kommen, werden schon mal Daten gefälscht. Das ist allerdings gefährlich und kann sehr teuer werden, wie die VW-Dieselfaffäre zeigt. Die Übergänge vom Verbiegen der Ergebnisse zum Fälschen sind fließend. Manchmal werden die Ergebnisse so stark gebogen und manipuliert, dass es eigentlich schon handfeste Fälschungen sind. Die EUGT hat offensichtlich beides gemacht: gebogen und gefälscht.

Biologische Prozesse in Lebewesen sind komplex. Da es praktisch immer eine Vielzahl von beeinflussenden Faktoren gibt, sind einfache, monokausale Zusammenhänge sehr schwierig nachzuweisen. Wer weiß schon genau, ob es nun wirklich das Stickoxid ist, das unsere Kinder in der Innenstadt husten lässt? Man könnte versuchen, die Aufmerksamkeit auf Nebenfährten zu lenken, etwa auf Gewerbe- oder Heizungsemissionen in den Innenstädten. In der Lobbysprache spricht man davon, "confounder" oder Verwirrfaktoren einzuführen. Diese Vernebelungsstrategie ist meist äußerst erfolgreich und wird daher ausgesprochen gerne angewendet.

Schließlich ist besonders wichtig, gegenüber neutralen und unabhängigen wissenschaftlichen Erkenntnissen Zweifel zu säen, so dass eine allgemeine Verunsicherung entsteht. Solange keine eindeutigen, widerspruchsfreien, wissenschaftlichen Ergebnisse vorliegen, können Behörden oder Politiker schwerlich

Gegenmaßnahmen ergreifen. So können wirkungsvolle Gesetze wie dieselfreie Innenstädte, Citymaut, PS-Steuer, niedrigeres Tempolimit und dergleichen mehr verhindert werden.

Man nennt das "Paralyse durch Analyse" oder auf Zeit spielen. Diese Vorgehensweise funktioniert normalerweise gut; sie ist für die Hersteller ein Segen. Unter Renditegesichtspunkten ist jeder Tag Verzögerung durch Irreführung, Erzeugung von Skepsis, Ablenkung durch Fehlfahrten und Leugnen barer Gewinn - zulasten der Gesundheit unserer Kinder.

Wirksame Gegenmaßnahmen wären: Stärkere Grundfinanzierung der Hochschulen statt der ständig zunehmenden Drittmittelfinanzierung. Ausgewogenere Gremienbesetzung in den Hochschulräten. Größere Transparenz bei den Kooperationsverträgen zwischen Hochschulen und privaten Geldgebern. Keine Stiftungsprofessuren von privaten Geldgebern an einzelnen Hochschulen, sondern private Geldspenden in einen allgemeinen Hochschulfonds, über dessen Mittelvergabe eine unabhängige Kommission entscheidet. Keine konzernfinanzierten oder konzernintern erstellten Studien im politischen oder behördlichen Entscheidungsprozess.

Durch das hier beschriebene, häufig angewandte Schema soll nicht die Arbeit zahlloser Forscher in der Industrie oder in Hochschulkooperationen mit der Industrie diskreditiert werden. Es handelt sich in keiner Weise um einen Generalverdacht. Es wird ausschließlich kritisiert, dass viele ehrlich und mühevoll erarbeitete Forschungs- und Entwicklungsergebnisse unter das Primat der Gewinnerzielung gestellt und dadurch zu Absatz- und PR-Zwecken instrumentalisiert werden. Das widerspricht der freien Wissenschaft.

[Wenn Forschung anrücklich wird](#)

[Die jetzt bekannt gewordenen Tests der Autoindustrie stinken zum Himmel. Dennoch wäre es weltfremd, die Industrie komplett aus der Forschung heraushalten zu wollen. Kommentar von Patrick Illinger mehr...](#)

URL: <http://www.sueddeutsche.de/wissen/aussenansicht-die-gekaufte-wissenschaft-1.3875533>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 21.02.2018/mkoh

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.